

## Viel Lob für den Magdalenenhof

LETTE (ds). Die Pläne des Betriebshilfsdienstes (BHD) auf dem Gelände der ehemaligen evangelischen Kirche in Lette, stoßen auf breite Zustimmung in der Politik. Das wurde in der jüngsten Ratssitzung deutlich, in der der Bebauungsplan „Wohnquartier Magdalenenhof“ eine weitere Hürde nahm. Richard Bolwerk, Fraktions-sprecher der CDU, zeigte sich erfreut, dass mit allen Nachbarn über die Pläne Einigkeit erzielt werden konnte. „Das ist eine Bereicherung für Lette, was der BHD macht“, unterstrich er. Und auch der neue Grünen-Fraktionschef Erich Prinz lobte die Anlieger dafür, sich „sehr sachlich und kreativ eingebracht“ zu haben: „Lette wird dadurch lebendiger und lebenswerter.“ Er wünschte sich jetzt nur noch, dass das Projekt auch noch im Sinne des Klimaschutzes ausgerichtet wird.

Auch von Pro Coesfeld kam grundsätzliche Zustimmung – bei der Abstimmung im Rat enthielten sich die Vertreter aber. „Ich habe die Unterlagen gar nicht bekommen, kann das nicht beurteilen“, klagte stellvertretende Bürgermeisterin Martina Vennes. Fraktionssprecher Günter Hallay berichtete, dass die Ratsmitglieder, die nicht digital arbeiten, die 20-seitige Vorlage erst einen Tag nach der Fraktionssitzung und nur zwei Tage vor der Ratssitzung erhalten hätten. So sei eine „sachgerechte Entscheidung nicht möglich“.

Die Verwaltung wies die Kritik zurück. Bis zuletzt sei an der Vorlage gearbeitet worden.

Eins vorweg – auch Pro Coesfeld ist für den Bebauungsplan „Magdalenenhof“ in Lette.

Die Enthaltung unserer Ratsmitglieder rührt aber aus dem Verhalten der Verwaltung, die die geänderte Sitzungsvorlage erst zwei Tage vor der Ratssitzung den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt hat.

Damit konnten die Veränderungen nicht mehr mit den Fachleuten der Fraktion aus dem Ausschuss Umwelt, Planen, Bauen besprochen werden.

Und genau das ist das Dilemma.

Laut Gemeindeordnung NRW hat der Bürgermeister den Ratsmitgliedern rechtzeitig und umfanglich alle Informationen zur Verfügung zu stellen, um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können.

Dazu ist in der Coesfelder Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse vorgeschrieben, die Sitzungsunterlagen den Ratsmitgliedern 7 Tage vor der Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Das Argument der Verwaltung „Bis zuletzt sei an der Vorlage gearbeitet worden“ rechtfertigt unser Verhalten.

Fachleute aus dem Rathaus, die Tag für Tag mit baurechtlichen Inhalten zu tun haben, schaffen es nicht, die Ratsvorlagen fristgerecht den Mandatsträgern 7 Tage vor der Sitzung zukommen zu lassen.

Aber die ehrenamtlichen „Freizeit“-Politiker sollen zwei Tage vor der Sitzung eine 20seitige Vorlage sichten, um dann eine sachgerechte Entscheidung zu treffen?

Da eine von uns beantragte Zurückweisung in den Ausschuss Umwelt, Planen, Bauen von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, war die Enthaltung die einzig richtige Konsequenz, dem Bürgermeister anzuzeigen, dass solche Hau-Ruck-Aktionen mit uns nicht machbar sind.